

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Lompscher-Irrweg stoppen – Mieterpolitik im Miteinander!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin lehnt Gegenstand und Inhalt der vom Senat am 18. Juni 2019 beschlossenen „Eckpunkte für ein Berliner Mietengesetz“ als unverantwortlich, unrechtmäßig und zutiefst unsozial ab.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wird aufgefordert, die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs auf Basis dieser „Eckpunkte“ unverzüglich einzustellen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen ist gehalten, Vorsorge zur Entschädigung derjenigen Mieterinnen und Mieter zu treffen, die von den massenhaften Mieterhöhungen seit der unseriösen Ankündigung dieser „Eckpunkte“ betroffen sind.

Der Regierende Bürgermeister ist aufgerufen, die öffentlichen, genossenschaftlichen und privaten Akteure der Bau- und Wohnungswirtschaft gemeinsam mit Vertretern der Berliner Mieterverbände schnellstmöglich zu einem Bündnisgespräch einzuladen und auf dieser Basis die Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen nach dem erfolgreichen Hamburger Vorbild des „Bündnis für das Wohnen“ auszuloten. Ziel eines solchen Bündnisses müssen verbindliche Leitlinien und faire Verabredungen zur Stabilisierung der Mieten und für eine gemeinschaftliche Wohnraumoffensive in Berlin sein.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2019 zu berichten.

Begründung:

Die aktuelle Debatte über die Einführung eines „Berliner Mietengesetzes“ zeigt nicht nur bereits verheerende Wirkungen für Mieterinnen und Mieter (massenhafte Mieterhöhungen), sie droht auch das letzte Vertrauen in die rechtsstaatliche Haltung des Berliner Senats zu zerstören. Schon jetzt spüren neben den Mieterinnen und Mietern auch die kleinen und mittelständischen Betriebe des Handwerks, Bauingenieure, Architekten und Zulieferbetriebe aus der Region die Auswirkungen der populistischen Ankündigungspolitik von Senatorin Lompscher. Sanierungsaufträge werden im großen Umfang storniert, Planungen für Neu- und Ausbau von Wohnungen eingestellt. Obwohl es klar auf der Hand liegt, dass eine Umsetzung der vom Senat beschlossenen „Eckpunkte“ vor den Gerichten als verfassungswidrig scheitern muss und die Berliner Mieter in jedem Fall die Zeche zahlen werden, verfolgt Rot-Rot-Grün einen Kurs der Rechtsunsicherheit und Angstmacherei. Diesen Weg kann das Abgeordnetenhaus nicht unterstützen. Es ist die Verpflichtung gewählter Volksvertreter, Schaden von den Mieterinnen und Mietern der Stadt abzuwenden und das Vertrauen in die Funktions- und Handlungsfähigkeit der Berliner Politik wiederherzustellen.

Berlin, 27. August 2019

Dregger Melzer Evers Gräff
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU